K-1NEU-049 Präambel

Antragsteller*in: Hannelore Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-1NEU

Von Zeile 48 bis 52:
dauerhaft in den Griff zu bekommen. Genauso brauchen wir gute Kitas und Schulen, um wirkliche Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu schaffen. Gute Bildung ist ~~zudem~~ das Fundament unserer Gesellschaft. Die Herausforderungen sind enorm. Wir brauchen Mut, sie entschlossen mit den zukunftsweisenden Kompetenzen anzugehen, damit die Transformation ~~zu~~, insbesondere Dekarbonisierung und Digitalisierung ~~gelingen kann~~, gelingt.~~[Leerzeichen]~~Und wir brauchen eine funktionierende Verwaltung, die unser Gemeinwesen zusammenhält, alle Berliner*innen unterstützt und in Krisensituationen schnell

Begründung

Das Thema Bildung sollte affirmativ formuliert werden - Wir haben ein Ziel, das zwar nicht so einfach zu erreichen ist, was wir war progressiv mit einem grünen Ansatz schnell, transparent und mutig angehen wollen, um alle mit den Kompetenzen ausstatten, die wir JETZT brauchen.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau); Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow); Jörg Staudemeyer (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Susanne von Below (KV Berlin-Kreisfrei); Fiona El Kehal (KV Berlin-Kreisfrei); Werner Behrendt (KV Pankow); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Stefan Nowack (KV Berlin-Kreisfrei)

K-2NEU-198 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 197 bis 199 einfügen:
ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen werden dabei konsequent ausgenutzt. Wir sind uns bewußt, daß wir uns auch bei der Beschaffung von Solartechnik und Rohstoffen zu ihrer Herstellung aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten lösen müssen ähnlich wie bei russischem Erdgas. Dies gilt ganz besonders für Solarprodukte, die in der chinesischen Provinz Xinjiang oftmals unter Verletzung der Menschenrechte hergestellt werden. Das Vergaberecht (BerlAVG § 8) für öffentliche Gebäude verpflichtet das Land Berlin dazu, keine Produkte aus Zwangsarbeit zu beschaffen. Wir werden die Beschaffungskriterien gem. dem Berliner Vergaberecht für die Bezirke und landeseigenen Gebäude entsprechend konkretisieren: Produkte aus deutscher oder ausländischer Solarindustrie, die Zwangsarbeit ausschließen und ihre Lieferketten offen legen, werden bevorzugt. Wir wollen auch private Immobilienbesitzer und Wohnungsbaugenossenschaften überzeugen, daß sie Produkte aus Zwangsarbeit nicht erwerben sollten.

Begründung

ab Z. 198 entspricht inhaltlich einem Beschluß des KV Reinickendorf v. Feb. 2022 für die BVV Reinickendorf

Unterstützer*innen

Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Katharina Weske (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf)

K-2NEU-583 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 582 bis 589:
Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der Regionalvermarktung in Berlin und mit Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden werden.~~[Leerzeichen]~~

Berlins Wälder innerhalb wie außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für unser Stadtklima, die Trinkwasserversorgung, zur Bewahrung der Biodiversität und des Artenschutzes, für die Naherholung und als CO2-Senke. Doch sie sind in der Klimakrise hochgradig gefährdet. Wir ~~wollen daher ihre Umgestaltung~~streben die Entwicklung zu einem naturnahen und klimaangepassten Mischwald ~~beschleunigen~~an.

Die Entwicklung zu einem naturnahen Mischwald ist ein langfristiges Ziel, sie wird Dekaden, nach heutigem Stand mindestens 80 bis 100 Jahre dauern. Damit uns die Berliner Wälder als Helfer gegen den galoppierenden Klimawandel erhalten bleiben, reicht deshalb ein langfristiger Umbau zum Mischwald nicht, wir müssen dringend kurzfristige Maßnahmen einleiten. Unsere Wälder sind gestresst, vor allem von steigenden Temperaturen, extremen Hitzewellen und daraus resultierendem Wassermangel. Der Wald braucht Ruhe, er muss gesunden und seine Selbstheilungskräfte entfalten wie wir dies im Frohnauer Wald beobachten können. Doch das Absterben der Wälder geht rasant voran, Katastrophen wie die Waldbrände vor unserer Haustür in Brandenburg häufen sich, die Grundwasserspiegel sinken, die Niederschlagsmengen sind mit ca. 300 Litern/qm in Berlin nur noch halb so hoch wie im langjährigen Mittel. Wir schreiben 2022 als fünftes Dürrejahr in Folge. Der Waldzustandsbericht 2022 der Berliner Forsten weist aus, dass nur noch 4 % der Waldbäume als gesund gelten können. Auf Grund der wahrscheinlichen Klimaentwicklung dürfte sich der Zustand der Wälder noch weiter verschlechtern.

Kurzfristige Maßnahmen wie der geplante bessere Brandschutz (Anlegen von Löschbrunnen zusammen mit der Berliner Feuerwehr, Erweiterung des digitalen Sensorennetzes) sind gute Präventionsmaßnahmen. Auch muss die Verbesserung des Grundwasserschutzes und die Koordination mit den Berliner Wasserbetrieben dringend vorangebracht werden, damit nicht neue Trinkwasserbrunnen in Ufernähe benachbarte Waldgebiete „trockenlegen“ wie dies zu beobachten ist. Für eine Naturverjüngung mit gemischten Baumarten muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern~~, soweit unvermeidbar,~~ reguliert werden. Diese Maßnahmen ersetzen aber kein naturnahes Waldkonzept und keine entsprechende Bewirtschaftung wie dies etwa im Lübecker Stadtwald betrieben wird. Der Wald und seine Böden sind zusammen mit den Mooren unsere wichtigsten Helfer im Kampf gegen die Klimakrise, sie sind Kohlenstoffspeicher und Kohlenstoffsenken, aber sie können beim Absterben auch zu CO2-Emittenten werden, so neuere Studien. Genauso wichtig ist ihre Funktion als Wasserspeicher: das in den Bäumen und im Boden gespeicherte Wasser, das unter normalen Bedingungen zur Erhaltung und Anreicherung des Grundwasserbestands beiträgt, verdunstet, weil die Wälder aufgeheizt werden und die Bäume verdursten. Ohne Wasser wachsen Bäume nicht, somit können sie auch nicht mehr Kohlenstoff einlagern. Ein möglichst geschlossenes, Feuchtigkeit speicherndes und die Sonneneinstrahlung und damit Hitzeentwicklung abwehrendes Kronendach ist dagegen das beste Mittel. Den Waldumbau durch eine schnelle Holzentnahme in den Kieferbeständen voranzutreiben, die 60 Prozent der Berliner Forsten ausmachen, ist unter den neuen Bedingungen in den durch Trockenheit gestressten Wäldern extrem kontraproduktiv, die Wälder werden „heiß geschlagen“. Die Anpflanzung neuer Bäume ist weiter sinnvoll, wenn sie in bestehende Kiefernbestände hineinwachsen können. Junge Bäume speichern allerdings viel weniger Kohlenstoff

als alte und können zur Wasserregulierung kaum etwas beitragen.

Novellierung der Berliner Waldbaurichtlinie
Um die regulierenden Leistungen des Ökosystems Wald zu erhalten und möglichst zu vergrößern - Kühlung der Stadt, Kohlenstoffsenke, Hilfe bei der Regulierung des Wasserhaushalts - setzen wir uns dafür ein, dass die wirtschaftlichen Leistungen des Waldes allem anderen nachgeordnet werden, auch die Nutzung der Berliner Wälder für Holzbau muss demgegenüber zurückstehen. So schreibt es das Berliner Waldgesetz vor. Zur Rettung der Berliner Wälder muss der zur Zeit praktizierte breite Holzeinschlag (ca. 80-100.000 cbm/Jahr) und -verkauf kurz- und mittelfristig ausgesetzt bzw. auf ein dringend nötiges Minimum reduziert werden (z.B. zur Herstellung der Verkehrssicherheit). Wir wollen die „Waldbaurichtlinie" (2011) im Hinblick auf Umfang und Methoden der wirtschaftlichen Nutzung novellieren, die Bedingungen der Waldkrise müssen dabei zum Ausgangspunkt gemacht werden und nicht ein gewünschter wirtschaftlicher Output. Das bestehende System der Ziel- und Mengenvorgaben für Fällungen in den einzelnen Förstereien, das die neue Gefährdungslage für die Wälder nicht berücksichtigt, soll ersetzt werden durch eine minimalinvasive Forstpflege mit dem Ziel, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel CO2 und Wasser im Wald und gesunden Bäumen zu speichern und die Holzmasse zu erhöhen. Damit wird auch der Einsatz schwerer Erntemaschinen, sog. „Harvester" überflüssig, die die Waldböden extrem verdichten und auf lange Zeit zerstören: der Boden atmet weniger, durch die Verdichtung wird er zum Emittenten von C02, Lachgas und Methan, die Wasserdrainage wird behindert, die Austrocknung der Wälder befördert. Die für die Harvester eingerichteten Rückegassen zerschneiden das unter der Erde verlaufende Ökosystem und die oberirdischen Habitate von Pflanzen und Tieren, sie „rauben" einen nicht unbeträchtlichen Teil des Waldes. Wir wollen die tonnenschweren Raupen in den Berliner Wäldern so schnell wie möglich nicht mehr zum Einsatz bringen. Mit Rückepferden oder mobilen Forstseilkränen (Seilwinden) kann das wenige, nicht mehr industriell geerntete Holz schonend dem Wald entnommen werden. Wenn sich der Wald erholt hat, streben wir so schnell wie möglich eine weitgehende Rückverlagerung der Holzverwertung und -vermarktung in die Hoheit der Berliner Forsten an, d.h. Einschlag, Rücken und Poltern (Stapeln) sollen bei den Forsten verbleiben, um die Kontrolle über die Vermarktung ausüben zu können, was gegenwärtig nicht geschieht. Dafür müssen die Berliner Forsten personell gestärkt werden. Die Gründung eines landeseigenen Sägewerks, u.U. zusammen mit dem Land Brandenburg, ist mittelfristig anzustreben.

Der von unserer Forstbehörde verfolgte Ansatz einer nachhaltigen Forstwirtschaft darf nicht an der Kettensäge und an Harvestern von Fremdfirmen enden
Schon jetzt drängen wir darauf, dass sich der Wert unseres Waldes in den Holzpreisen widerspiegeln muss. Der Wald darf nicht verramscht werden. Die in Berlin gängige Praxis des Verkaufs „vom Stock" ohne Kontrolle der Nutzung – ein Großteil unseres Holzes wird zum Billigpreis aufgekauft und einer thermischen Nutzung zugeführt (verfeuert) - wollen wir ersetzen durch Nachhaltigkeit in einer nachverfolgbaren Lieferkette, in der Umweltverträglichkeit eine entscheidende Rolle spielt. Als eine Sofortmaßnahme muss das Berliner Ausschreibungs- und Vergaberecht (§12 BerlAVG) durch eine Verwaltungsrichtlinie konkretisiert werden mit dem Ziel, dass der Erhalt der langfristigen Kohlenstoffbindung z.B. im Holzbau oder in der Möbelherstellung zum Kriterium des Holzverkaufs gemacht wird.

Verbrennung in Holzöfen und als Kaminholz muss reduziert werden
Durch Heizen mit Holz wird CO2 produziert, es ist aus klimapolitischen und ökologischen Gründen rasch zurückzufahren, weil wir letztlich Negativ-Emissionen brauchen. Da Holz weniger energieeffizient ist als Gas, wird mit Holzbrand sogar mehr CO2 produziert. Vor allem aber schädigen die Feinstaubemissionen aus Holzöfen unsere Gesundheit, sie liegen lt. Umweltbundesamt mit über 17 Tsd. Tonnen jährlich drei Mal so hoch wie die Auspuffemissionen aus LKW und PKW (5.800 Tonnen). In Zeiten der Energiekrise macht Holzbrand auch ökonomisch keinen Sinn, sofern Holz ein höherer Wert

zugesprochen wird. Die Berliner Forsten können größere Anteile von sog. „Schadholz“ als Bauholz vermarkten, es muss nicht zur Verbrennung abverkauft werden.

Unsere Berliner Wälder sind Bestandteil der Daseinsvorsorge mit intakten Ökosystemen so wie sauberes Trinkwasser und die Luft zum Atmen. Wälder sind träge Organismen, erst unsere Kinder und Enkel werden erfahren, ob wir mit unserer und ihrer Ressource achtsam umgegangen sind. Wir Grüne werben weiterhin für Baumpflanzaktionen. Jedoch ist die Anpassung von Baumschulbäumen an neue Standorte im Wald unter den gegenwärtigen und wohl zukünftigen klimatischen Bedingungen besonders schwierig, viele gehen ein. Wir wollen deshalb in unseren geschädigten Wäldern vermehrt auch zum Einsatz von Laubstreusaaten ermuntern, die selbständig Wurzelwerk unter Laubschichten ausbilden und sich in Boden und Grundwasser verankern können.
Mit einer Werbekampagne „Rettet die Wälder“ wollen wir die Wertschätzung des Waldes zusammen mit den Berliner Forsten ins Bewusstsein der Stadt rücken mit dem Ziel, die Pflege der Wälder zum Allgemeingut zu machen nicht zuletzt deshalb, weil der zunehmende Missbrauch, Wälder als Mülldeponien zu benutzen, massiv eingegrenzt werden muss.

Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO2-Speicher und Lebensraum für hoch

Begründung

Das Wahlprogramm 2021 enthält bisher kein Konzept zur Wald- und Forstpolitik, das den aktuellen Gegebenheiten und wohl auch künftigen Erwartbarkeiten unter den Zumutungen des Klimawandels Rechnung trägt. Im laufenden RGR-Koa-Vertrag werden die Wälder überhaupt nicht erwähnt.

Dies ist ein erklärender ÄA. Er wurde von einer Gruppe aus der AG Klima Reinickendorf gemeinsam erarbeitet.

Unterstützer*innen

Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Katharina Weske (KV Berlin-Reinickendorf); Sabine Huebner (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf)

K-2NEU-274 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 273 bis 275 einfügen:
klimaneutral anzusehen.
Dies gilt ebenso für die Verbrennung sowohl von einheimischem wie von importiertem Holz zur Wärmeerzeugung. Laut Umwelt-Bundesamt ist die Wärmeerzeugung aus Holz nicht als klimaneutral anzusehen. Bei der Verbrennung von Holz wird neben umwelt- und gesundheitsschädigenden Feinstäuben vor allem CO2 sofort in die Atmosphäre abgegeben, treibt damit die Erderwärmung an und kann erst durch das Wachstum neuer Bäume innerhalb vieler Jahrzehnte wieder der Atmosphäre entzogen werden, sofern der Wald dazu dann noch in der Lage dazu wäre. Letzteres ist jedoch nach den gegenwärtigen Beeinträchtigungen der Wälder berlin- und weltweit durch die fortschreitende Klimakrise alles andere als sicher. Vielmehr muss das CO2-speichernde Holz vorrangig in den Wäldern verbleiben und soll aus unserer Sicht nur für Holzprodukte verwendet werden dürfen, die ihrerseits das im Holz gebundene CO2 über lange Zeiträume z.B. als Bau- oder Möbelholz bewahren. Damit unsere Wälder dieses wertvolle Holz auch in Zukunft noch abgeben können, werden wir dafür sorgen, dass noch in 2023 im Zusammenwirken von allen praktischen, wissenschaftlichen und politischen Wald-Fachgebieten (Natur- und Artenschutz, Biodiversität, Forstwesen, Klima, Wasserwirtschaft u.a.), aber auch von sachkundigen Bürger*innen die gegenwärtige Forstpraxis einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen, eine Sachstandsaufnahme unter den neuen klimabedingten Parametern vorgenommen und ein neues Waldkonzept für Berlin erarbeitet wird, das den neuen klimatischen Herausforderung gerecht werden könnte. In der Übergangszeit bis dahin werden wir für die Berliner Forsten eine weitgehende Denkpause mit deutlicher Reduzierung der Holzeinschläge erwirken.

Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral

Begründung

Die bisherige Förderpraxis der EU für die Biomasse Holz durch deren Einstufung als klimaneutral hat fatale Auswirkungen auf die Wälder Europas und der Welt. Eigentlich war gedacht, Reste der Holzverarbeitung zur Wärmegewinnung in Form von Pellets, Holzbriketts und Holzhackschnitzeln zu verwerten. Jedoch hat sich daraus ein ganzer Industriezweig mit weltweiten Importnetzen entwickelt, bei denen u.a. das Holz ganzer Wälder unmittelbar zur Verbrennung aufbereitet und verschifft wird.

Auch in Deutschland werden mehr als 50 % allen geernteten Holzes unmittelbar der Verbrennung zugeführt. Weitere ca. 30 % werden nach einer Zwischennutzung als Zellstoff, Papier, Pappe und Karton mittelbar ebenfalls verfeuert. Lediglich ca. 20 % des in Deutschland geernteten Holzes verbleiben mehr oder weniger über größere Zeiträume in Form von Möbeln oder Bauholz erhalten. Wie die Holzverwertung aus den Berliner Wäldern aussieht, ist unbekannt, da die Berliner Forsten das Holz „auf dem Stock“, also in stehendem, lebenden Zustand an Holzernte-Unternehmen verkaufen und keine Einsicht in deren Verwertungskonzept haben. Dadurch gibt es keine Daten zu dieser Frage.

Möglicher Weise hat die Förderung von Holz als Biomasse für die Wärmegewinnung auch dazu geführt, dass Investitionen in die wirklich emissionsfreien erneuerbaren Energien über Jahre hinweg zumindest zu einem Teil unterblieben sind.[1]

Das Umwelt-Bundesamt schreibt zum Thema „Klimaneutrales Heizen mit Holz?“ u.a. folgendes: „Der Wald soll als Kohlenstoffsenke erhalten bleiben und diese Leistung möglichst maximiert werden. Dazu

darf sogar nur weniger Kohlenstoff entnommen werden als gebunden wird. Das klimafreundliche Potenzial ist also begrenzt, daher ist von der energetischen Holznutzung aus Klimaschutzgründen abzuraten."[2]

[1] „Die im Zuge der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU beförderte Energiegewinnung aus Holz führte dazu, dass Emissionseinsparungen, die andernfalls durch Energiegewinnung aus Solar- oder Windkraft erfolgt wären, sich in eine CO2-Zunahme wandeln, die mindestens über Jahrzehnte in der Atmosphäre wirksam ist …" Pierre L. Ibisch u.a., Wie das Klimaschutznarrativ die Wälder bedroht; in: Hans D. Knapp u.a. (Hrsg.), Der Holzweg, S. 182

[2] https://www.umweltbundesamt.de/themen/heizen-holz Abschnitt „Klimabilanz von Holzheizungen"

Unterstützer*innen

Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Katharina Weske (KV Berlin-Reinickendorf); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Ulrich Kraft (KV Berlin-Reinickendorf); Ellen von Tayn (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Brühne (KV Berlin-Mitte); Elisabeth Müller-Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Sven Selbert (KV Berlin-Lichtenberg); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Stefan Golla (KV Dahme-Spreewald); Sabine Huebner (KV Berlin-Reinickendorf); Jürgen Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei); Rupert Klein (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Julius Johannes Taraz (LV Grüne Jugend Berlin); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Mrowetz (KV Berlin-Reinickendorf); Claus Richter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Barbara Boeck-Viebig (KV Berlin-Reinickendorf); Fabian Fastabend (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anne Kathrina Gruber (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-624 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG WiFi
Beschlussdatum: 21.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 623 bis 626 einfügen:
mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Gute, innovative Lösungen wollen wir aus der Nische holen und zum Standard machen. Insbesondere wollen wir gegen den Verpackungswahnsinn ankämpfen, Mehrwegsysteme und regionale Poollösungen wollen wir fördern und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner

Von Zeile 635 bis 640:
wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten Reparaturbetrieben gegründet. Wir stärken Unternehmen bei Innovationen für mehr Kreislaufwirtschaft und unterstützen sie dabei, grüne Innovationen marktfähig zu machen, z.B. neue Fahrradreifen aus gebrauchten herzustellen. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich ~~noch stärker~~bei Pfandbehälter-~~Systeme fördern~~Systemen, die ab Anfang 2023 angeboten werden müssen, Poollösungen zum Standard machen, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in

K-2NEU-779 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Nach Zeile 779 einfügen:
Die Pläne für das in Holzbau geplante Schumacherquartier werden neu entwickelt hin zu einem Modellquartier für hybrides Bauen mit nachhaltigen und in der Forschung befindlichen Baumaterialien z.B. gedämmter Lehmbau, Carbon-Beton (TU Dresden), Spritz-„Beton 2.0“ aus dem 3-D-Drucker (Universität Eindhoven; Experimente für CO2- absorbierenden „Beton“), Pilzmyzelien-Ziegel und andere.Wir wollen die Bauhütte 4.0 stärken und thematisch erweitern, um sie zu einem koordinierenden Zentrum für vielfältige nachhaltige Bauweisen zu ertüchtigen. Im Schumacherquartier soll auch Bauholz eingesetzt werden, jedoch müssen die Pläne, das Wohnquartier ausschließlich mit Holz aus Berliner und Brandenburger Wäldern zu bauen, überdacht werden. Die Klimakrise, die eine eklatante Waldkrise mit sich bringt, setzt uns enge Grenzen. Wie alle Rohstoffe hat sich auch die Ressource Holz massiv verteuert, u.a. weil durch den Aggressionskrieg in der Ukraine die Holz-Importe aus Sibirien wegen der nötigen Wirtschaftssanktionen gegen Russland massiv eingebrochen sind, mit ihnen ist auf Dauer nicht zu rechnen. Wir stehen auch hier an einer Zeitenwende, die wir uns nicht ausgesucht haben, für die wir aber, im Hinblick auf den Klimawandel und die Wald- und Holzkrise, eigene Verantwortung tragen: nur noch 4% der Fläche des Berliner Waldes sind ohne Schäden (Waldzustandsbericht 2022), die Grundwasserspiegel sinken, Wälder trocknen aus. Die Holzerträge aus den Berliner Wäldern sind seit fünf Jahren um mehr als die Hälfte gesunken, und der Holzzuwachs aus Neupflanzungen ist in Folge der Dürre in den Wäldern nicht kalkulierbar. Die Wasservorräte in den Wäldern schrumpfen. Wir wollen die Herausforderungen trotzdem annehmen und auf dem Gelände der Urban Tech Republic im Schumacherquartier eine Bauausstellung „Hybrides Bauen in der Klimakrise“ initiieren, in der national und international erforschte und praktizierte Bauweisen zusammengeführt werden. Das Quartier soll der Beweis werden, daß mit nachhaltigen Baumaterialien für die Zukunft Wohnraum in einer Schwammstadt geschaffen werden kann.

Begründung

Holz kann, wenn es nicht - wie z.Zt. überwiegend – thermisch genutzt (verbrannt) wird, in Bauholz oder in der Möbelfertigung ein langlebiger CO2-Speicher sein, der im Hausbau Zement und Beton teilweise ersetzen kann. Der Wechsel hin zu nachhaltigen Baumaterialien ist aber ein langer Prozess. Die Holzerträge aus den von ihnen bewirtschafteten Wäldern sind nach Angaben der Berliner Forsten signifikant zurückgegangen von 97.000 Festmetern (2016) auf 21.000 fm (2021). Der Grund liegt im von Jahr zu Jahr schlechteren Zustand der Wälder. Die bisherige Planung der Tegel Project GmbH für das Schumacherquartier geht davon aus, daß über zehn Jahre etwa 150.000 qbm bzw. fm (Festmester) Holz von den Berliner Forsten entnommen werden, in der Summe eine Fläche von ca. 540 Hektar, zweieinhalb mal die Größe des Berliner Tiergartens. Der Holzbestand gibt das nicht her. Die Berliner Forsten rechnen gegenwärtig mit einem Bestand von durchschnittlich 280 fm/Hektar in ihren Wäldern, unter den Bundesländern der vorletzte Platz (vor Sachsen-Anhalt). Nach dem Berliner Waldgesetz soll der Holzbestand erhöht werden, was in Zeiten der Dürre eine Herausforderung ist, denn auch Aufforstungen sind der extremen Hitze ausgesetzt. Wir dürfen das labile Ökosystem Wald keinen weiteren Risiken aussetzen. Wenn wir unsere Wälder schonen wollen, muß mittel- und langfristig zur Erzeugung von Bauholz der Anbau von Plantagenholz auf Landwirtschaftsflächen erwogen werden (Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung). Hinzu kommt, daß auf Holzbau spezialisierte Architekten wie das Büro NKBAK(verantwortlich f. Berliner Schulen in Holzmodulbauweise) das Holz

aus Berliner Wäldern für ungeeignet halten, weil es „als Konstruktionsholz aufgrund der Weichheit und des natürlichen Formaldehydgehaltes nur sehr bedingt einsatzfähig“ sei.

Unterstützer*innen

Katharina Weske (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Ulrich Kraft (KV Berlin-Reinickendorf); Ellen von Tayn (KV Berlin-Reinickendorf); Jörg Schwensen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Elisabeth Müller-Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Stefan Golla (KV Dahme-Spreewald); Sabine Huebner (KV Berlin-Reinickendorf); Gerhard Roland (KV Berlin-Reinickendorf); Holger Skidzun (KV Berlin-Reinickendorf); Anne Kathrina Gruber (KV Berlin-Mitte); Rupert Klein (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Julius Johannes Taraz (LV Grüne Jugend Berlin); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Frank Mrowetz (KV Berlin-Reinickendorf); Claus Richter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Barbara Boeck-Viebig (KV Berlin-Reinickendorf); Fabian Fastabend (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf)

K-2NEU-360 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG WiFi
Beschlussdatum: 21.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 359 bis 363:
zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst. Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft ~~beispielsweise~~ dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Dazu richten wir ein transparentes Monitoring ein, das es ermöglicht anhand von wenigen Schlüsselindikatoren für die besonders CO2- relevanten Sektoren den Fortschritt entlang des CO2-Einsparpfades nachzuvollziehen. Die Indikatoren werden auf der Senatswebsite veröffentlicht und vierteljährlich aktualisiert. Dies ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO2-Emissionen in den verschiedenen Sektoren. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und unverzüglich prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten.

Von Zeile 366 bis 388:
und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), für jeden Bereich (Energie, Verkehr, Wirtschaft und Gebäude) feste Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen fest ~~und unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen, damit politische Entscheidungen stärker~~. Die Politikgestaltung in diesen Sektoren wird konsequent an den CO2-Reduktionszielen ausgerichtet. Dazu nutzen wir sowohl Anreize als auch ordnungspolitische Maßnahmen. Um der Umsetzung klimagerechter Politik mehr Verbindlichkeit und Tempo zu verleihen, werden wir die ~~Klimaziele geknüpft werden~~Klimamaßnahmenpläne der relevanten Bereiche mit der Haushaltsaufstellung einfordern. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO_2-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. ~~Damit~~Gleichzeitig wird ~~auch~~ offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann nach Möglichkeit umgewidmet werden~~.~~

Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt stellen~~. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO_2-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben~~. [Zeilenumbruch]
Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO_2-Vermeidung vorgenommen werden können~~. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten~~. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft profitiert. ~~Es ist entscheidend, dass die~~Die erarbeiteten Forderungen des Klimabürger*innenrates ~~auch~~nehmen wir ernst ~~genommen werden~~ und gehen deren Umsetzung ~~angegangen wird~~an. Wir schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die

Begründung

Bei den Änderungen handelt es sich um Verschiebungen, um den Absatz thematisch klarer zu ordnen und um präzisierende Ergänzungen.

K-2NEU-264 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 15.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 263 bis 266:

Unser Ziel ist~~, den Einsatz von Erdgas i so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren und diese vollständig auf Erneuerbare Wärme umzustellen.~~ die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Wärme. Wir werden nicht zulassen, dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld verdient.

Begründung

redaktionell - Ersatz redundanter Formulierungen zur Verringerung des Einsatzes von Erdgas durch eine positive Zielaussage

K-2NEU-319 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 15.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 318 bis 321:
schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der Umlage für Mieter*innen~~,~~ und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt, die energetische Gebäudemodernisierung dort zu beginnen, wo der (schlechte) Gebäudezustand es am dringendsten erfordert. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich

Begründung

Inhaltliche Ergänzung zum besseren Verständnis des Begriffs "Stufenmodell"

K-2NEU-325 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 15.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 324 bis 327:
energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, zu prüfen, wie wir die Grunderwerbssteuer ~~an der Energieeffizienz des Gebäudes orientieren~~im Sinne eines Anreizes zur energetischen Gebäudemodernisierung ausgestalten können. Neben der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Wärmeverbrauch zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir

Begründung

Bei der ursprünglichen Formulierung bleibt etwas unklar, was genau gemeint sein könnte. Deswegen der Vorschlag, hier besser das dahinterstehende Ziel zu formulieren. Außerdem der Hinweis, dass an anderer Stelle eine progressive Ausgestaltung der Grundwerbssteuer gefordert wird - auch das ist mit zu bedenken

K-2NEU-167 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Hannelore Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 166 bis 168 einfügen:
Solarwende die erneuerbaren Energien ausgebaut. Nun müssen wir diesen Weg der Energiewende konsequent fortsetzen. Dazu brauchen wir dringend Fachkräfte in den relevanten Berufen im Handwerk. Wir müssen junge Leute ermutigen, genau hier ihren beruflichen Einstieg in den aktiven Klimaschutz zu finden.

Begründung

Berlin braucht dringend die Fachkräfte in den Klimarelevanten Berufen, die Betonung dieser Tatsache ist zwingend meiner Meinung nach an verschiedenen Stellen des Wahlprogramms hervorzuheben, da viele nur Kapitel lesen, die sie interessieren.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau); Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow); Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei); Imma Hillerich (KV Berlin-Kreisfrei); Fiona El Kehal (KV Berlin-Kreisfrei); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei); Jörg Staudemeyer (KV Berlin-Kreisfrei)

K-2NEU-305 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: LAG Wirtschaft und Finanzen
Beschlussdatum: 21.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 304 bis 307:
Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. ~~Mit einem Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro machen wir Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität.~~Um Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität zu machen, setzen wir ein Bündel von Maßnahmen ein, allen voran einen Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro. Kostenlose Initiativberatungen für private Eigentümer*innen, sowie Energie-Einspar-Contracting für sozial sensible Modernisierung

K-2NEU-170 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 169 bis 171 einfügen:
Stadt bekommen. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, den Gasausstieg einzuleiten und mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO_2 einzusparen, bis 2029 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz

Begründung

Gas- und Kohleausstieg müssen Hand in Hand gehen.

Spätestens durch den russischen Angriffskrieg ist deutlich geworden, dass wir schnellstmöglich nicht nur auf Kohle sondern genauso schnell auch auf gas verzichten müssen. Aufgrund der hohen Vorketten.Emissionen (Methanschlumpf") ist Gas leider keinen Deut "besser" als Kohle. Das Gas, dass wir nicht aus Russland importieren strammt zudem dem aus entweder aus Fracking in den USA oder aus Petro-Diktaturen, und wird- extrem umweltschädlich - per LNG importiert.

Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Felix Heilmann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jürgen Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Friedel Hartmann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Sabine Huebner (KV Berlin-Reinickendorf); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

K-2NEU-346 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 345 bis 411:
erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. ~~Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Insbesondere die Bedeutung des Gasnetzes und seine mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität werden wir kritisch analysieren. Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung sein.~~

~~Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget~~

~~Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der Berliner Klimaziele, Bei drohender Verfehlung der CO2-Einsparungsvorgaben werden von ihm zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst. Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), für jeden Bereich feste Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen fest und unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen, damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele geknüpft werden. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO_2-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.~~

~~Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO_2-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO_2-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft profitiert. Es ist entscheidend, dass die erarbeiteten Forderungen des Klimabürger*innenrates auch ernst genommen werden und deren Umsetzung angegangen wird. Wir schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür,~~

~~dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.~~

~~Klimaschutz in den Bezirken~~

~~Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.~~

Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG zur beschleunigten Umsetzung unserer energie- und klimapolitischen Zielen geeignet ist. Klar ist, dass eine rekommunalisierte GASAG zur Transformationstreiberin weg von den stranded Assets Insbesondere die Bedeutung des Gasnetzes hin zu kaskadierenden Wärmenetzen und einer integrierten Strom, Wärme- und Wasserstoffinfrastruktur werden muss. Dieser grundlegend neue Auftrag, die schnellstmögliche 100-prozentige Transformation zu einer klimaneutralen Stadt zu ermöglichen und zu treiben muss sich im Zuge einer möglichen Rekommunalisierung auch in einem neuen Namen widerspiegeln Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der Berliner Klimaziele, Bei drohender Verfehlung der CO2-Einsparungsvorgaben werden von ihm zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst. Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), für jeden Bereich feste Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen fest und unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen, damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele geknüpft werden. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO_2-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO_2-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets transparent, ob der vereinbarte

Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO_2-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft profitiert. Es ist entscheidend, dass die erarbeiteten Forderungen des Klimabürger*innenrates auch ernst genommen werden und deren Umsetzung angegangen wird. Wir schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

Klimaschutz in den Bezirken

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

Begründung

Hinweis: der Äa bezieht sich NUR auf den ersten Absatz. Leider ändert das System die folgenden Absätze gleich mit. Das ist NICHT mein Antrag. Mein ÄA bezieht sich NUR auf die Zeilen 346-351 und lautet:

"Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG zur beschleunigten Umsetzung unserer energie- und klimapolitischen Zielen geeignet ist. Klar ist, dass eine rekommunalisierte GASAG zur Transformationstreiberin weg von den stranded Assets des Gasnetzes hin zu kaskadierenden Wärmenetzen und einer integrierten Strom, Wärme- und Wasserstoffinfrastruktur werden muss. Dieser grundlegend neue Auftrag, die schnellstmögliche 100-prozentige Transformation zu einer klimaneutralen Stadt zu ermöglichen und zu treiben muss sich im Zuge einer möglichen Rekommunalisierung auch in einem neuen Namen widerspiegeln."

1. Mittlerweile hat das Land Berlin öffentlich seine Absicht erklärt den Vattenfallanteil der GASAG übernehmen und durch die GASAG das Fernwärmenetz von Vattenfall erwerben zu wollen. Diese Entwicklung sollte unser Programm widerspiegeln

2. Die Zeit drängt. Wir brauchen jetzt eine Lösung aus einer Hand: Aber wenn die klimaneutrale Transformation in der Kürze der Zeit (2030, 2035!) UND sozial gerecht WIRKLICH gelingen soll, muss jetzt jemand Verantwortung & Koordination übernehmen.

3. Der Name muss geändert werden damit ALLEN klar wird, dass es nicht um ein "Weiter so", unter neunen Eigentümern oder kleinere Änderungen sondern um eine wirklich fundamentale Transformation geht. Gas hat keine Zukunft, und zur ein ganz kleiner Teil der bestehenden Leitungen ist sinnvoll mit grünem Wasserstoff zu betreiben. (Deswegen haben sich übrigens auch die ehemaligen staatlichen Gas- und Ölkonzerne Dänemarks und Norwegens neue Namen gegeben.

Unterstützer*innen

Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jürgen Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Friedel Hartmann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Stefan Golla (KV Dahme-Spreewald); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

K-2NEU-394 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 393 bis 396:
Klimaschutz in den Bezirken

Der Klimaschutz in den Bezirken soll künftig gestärkt und konsequenter eingefordert werden. Die bisherige Aufforderung der Bezirke am Klimaschutz mitzuwirken, wollen wir als Verpflichtung ausgestalten, Emissions-Reduktions-Ziele, die mit den Zielen des Landes vereinbar sind, sowie ausreichende Maßnahmen für deren Erreichung zu definieren.

Dazu wollen wir unter anderem die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke ~~wollen wir~~ um Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr

Begründung

Viele für den Klimaschutz wichtige Entscheidungen müssen auf Bezirksebene getroffen werden. Durch eine konsequente Verpflichtung wird ein einheitliches Vorgehen sichergestellt und gleichzeitig Planungssicherheit für die Bezirke ermöglicht.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Robert Vogt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christine Pinto (KV Berlin-Mitte); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-367 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 366 bis 371:
und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)~~,~~ für jeden Bereich ~~feste~~jährliche Vorgaben für die Treibhausgas-Einsparungen, die mit dem 1,5 Grad Pfad kohärent sind, fest und unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen und den notwendigen Budgets, damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele geknüpft werden. ~~Werden~~Bei Zielverfehlung sollen die ~~jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert~~jeweils zuständigen Senatsverwaltungen nach dem Vorbild der Bundesebene Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen. Diese Sofortmaßnahmen müssen nach dem Stand der Forschung geeignet und ausreichend sein, um die ~~vorgegebene CO_2-Reduktion~~Erreichung der Ziele sicherzustellen. Die Sofortmaßnahmen sollen durch ~~andere Maßnahmen umgesetzt~~den Klimaschutzrat oder durch unabhängige wissenschaftliche Gutachten auf ihre Eignung geprüft werden. Zur Erhöhung der Transparenz bei der Umsetzung der Maßnahmen, soll deren Monitoring künftig Indikatoren umfassen, welche sowohl den Umsetzungsstand als auch die Wirkung erfassen. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden

Begründung

Oftmals werden Ziele nur für die ferne Zukunft vorgegeben - was wir allerdings angesichts der dringlichen Lage des Klimawandels benötigen, sind konkrete jährliche THG-Einsparziele, welche präzise Vorgaben enthalten, an denen sich die Verwaltung, die Wirtschaft und Bürger*innen orientieren können. Dies vereinfacht sodann auch die Überprüfung der Zielerreichung und ermöglicht es, direkt auf Zielverfehlungen zu reagieren und notwendige Sofortmaßnahmen einzuleiten.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-389 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 388 bis 391:
schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. ~~Das~~Ebenso wollen wir für die weitere Vernetzung und den Austausch mit der Wirtschaft analog der Bürger*innenräte verstärkt den Wirtschaftsdialog nutzen, um Maßnahmen für das Berliner Energie- und ~~Klimaprogramm~~Klimaschutzprogramm (BEK) zur Erreichung von Sektorzielen für den Sektor Wirtschaft zu entwickeln und deren Akzeptanz zu sichern. Das BEK werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

Begründung

Wirtschaftliche Akteur*innen spielen neben den Bürger*innen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen sollen. Hierbei sollte es Ziel sein, diese wichtigen Akteur*innen frühstmöglichen analog den Bürger*innen mit einzubeziehen und deren wirtschaftliches und technologisches Know-How sowie anderweitige Ressourcen (bspw. finanziell) bei der Ausformulierung von Maßnahmen für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) zu berücksichtigen und zu nutzen.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf)

K-2NEU-587 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Anja Abate (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 586 bis 589:
hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem naturnahen und klimaangepassten Mischwald beschleunigen. ~~Für eine Naturverjüngung mit gemischten Baumarten muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit unvermeidbar, reguliert werden.~~Wir setzen uns für Maßnahmen ein, die das Ökosystem Wald und das Laubbaumwachstum nach wissenschaftlichen Kriterien unterstützen. Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO2-Speicher und Lebensraum für hoch

Begründung

Rein defensiver ÄA, da K-2NEU-583 unser ",soweit unvermeidbar," herausgestrichen hatte. Nicht in Opposition zum Waldschutzanliegen, da dort einige der Faktoren enthalten sind die gute Bedingungen für Biodiversität, den Wald als Lebensraum, den Waldboden und Laubbaumwachstum schaffen. Es hilft dem Wald nicht wenn einige Wildtiere als Sündenböcke ausgemacht werden ohne dass zuvor alle Maßnahmen eines evidenzbasierten Waldschadens- und Lebensraummanagements und das mildeste Mittel berücksichtigt werden.

Unterstützer*innen

Joachim Bessing (KV Berlin-Pankow); Gerrit Jan Sattlegger (KV Berlin-Mitte); Dorothea Wagner (KV Berlin-Mitte); Inez Mischitz (KV Berlin-Pankow); Charlotte Müseler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anja Hable (KV Berlin-Neukölln); Bernhard Müller (KV Berlin-Reinickendorf); Axel Lüssow (KV Berlin-Pankow); Christoph Peschke (KV Berlin-Pankow); Bernd Müller (KV Berlin-Reinickendorf); Ulrich Simon (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Anna Lea Simone Hanemann (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-350 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 349 bis 351 einfügen:
mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität werden wir kritisch analysieren. Der Rekommunalisierung von Fernwärme und GASAG werden wir alternative Handlungsoptionen wie eine Ausschreibung der Wärmewende oder die Angliederung weiterer Aufgaben bei den Stadtwerken gegenüberstellen, und diese v.a. im Hinblick auf ihre Eignung für das Ziel der Klimaneutralität, aber auch ihre Kosten und Risiken bewerten. Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung sein.

Begründung

Die Rekommunalisierung von fossiler Infrastruktur und deren Betreiberunternehmen muss sorgfältig daraufhin geprüft werden, ob und unter welchen Umständen die angestrebten politisch-strategischen Ziele (das Vorantreiben der Wärmewende) damit auch wirklich erreicht werden können und wie den Risiken, wie dem Erwerb obsoleter Infrastruktur ("Stranded Assets"), und den ggf. erheblichen Investitionsbedarfen begegnet werden kann.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin); Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Christine Pinto (KV Berlin-Mitte); Sabine Drewes (KV Berlin-Pankow)

K-2NEU-411 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 410 bis 411 einfügen:
allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

Klimaschutz bei Landesbeteiligungen

Bei den Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung soll der Senat zudem nicht wie bisher nach § 13 EWG Bln nur auf den Abschluss von Klimaschutzvereinbarungen einwirken. Stattdessen ist dies durch eine klare Verpflichtung zu ersetzen. Alle Klimaschutzvereinbarungen sollen Klimaneutralität in der gesamten Wertschöpfungskette (Scope 1-3) gem. eines etablierten Standards (bspw. der Science Based Targets initiative) sowie ambitionierte Zwischenziele und Zeit- und Maßnahmenpläne beinhalten müssen. Die Vermeidung von Emissionen muss dabei im Vordergrund stehen; eine Kompensation darf nur für unvermeidbare Restemissionen (max. 5%) erfolgen.

Begründung

Die Beteiligungen des Landes Berlin sind ein wesentlicher Hebel für den Klimschutz, u.a., da diese über einen umfangreichen Gebäudebestand verfügen. Von den lt. Beteiligungsbericht 2021 57 direkten Landesbeteiligungen haben allerdings nur 16 Klimaschutzvereinbarungen Klimaschutzvereinbarungen des Landes Berlin - Berlin.de , die zudem nicht unbedingt dem beschriebenen Standard entsprechen.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin); Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Christine Pinto (KV Berlin-Mitte); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-411-2 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Christian Fink (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 410 bis 411 einfügen:
allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

Klimaschutz im öffentlichen Vergabewesen

Das Berliner Vergaberecht berücksichtigt bereits ökologische und soziale Kriterien. Wir wollen es konsequent weiterentwickeln zu einem klimaneutralen Vergaberecht.
Nach dem Vorbild des britischen National Health Service soll der Senat für das öffentliche Vergabewesen das klare Ziel formulieren, dass Berlin ab dem Jahr 2030 nur noch Dienstleistungen und Produkte von Unternehmen beschafft, die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette (Scope 1-3) klimaneutral sind gem. einer etablierten Definition (bspw. der Science Based Targets initiative). Die Vermeidung von Emissionen muss bei diesen Lieferanten im Vordergrund stehen; eine Kompensation dürfen diese nur für unvermeidbare Restemissionen (max. 5%) nutzen. Dieses Kriterium der Klimaneutralität von Lieferanten und Dienstleistern soll ab 2023 in allen Vergabeverfahren berücksichtigt werden und in der Gewichtung jedes Jahr erhöht werden, bis es 2030 zur Muss-Anforderung wird.

Sollte es sich abzeichnen, dass zu beschaffende Produkte, Dienstleistungen oder anbietende Unternehmen noch nicht den Anforderungen des Landes an den Klimaschutz entsprechen, soll das Land mit den anbietenden Organisationen in den Dialog gehen. Hier gilt es in Abstimmung mit anderen Akteur*innen der öffentlichen Hand durch Bündelung der Nachfrage sicherzustellen, dass die entsprechenden Produkte und Dienstleistungen im Markt verfügbar werden bzw. die Anbieter entsprechende Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen, wie dies erfolgreich bereits bei der Beschaffung von Bussen durch die BVG praktiziert wurde.

Begründung

Das Beschaffungsvolumen des Landes Berlin kann mit ca. 5 Milliardsen EUR p.a. (Quelle: Neues Vergabegesetz: Fairer, ökologischer und wirtschaftsfreundlicher! - Berlin.de) ein wesentlicher Hebel werden, um die Dekarbonisierung der Wirtschaft in Berlin und darüber hinaus voranzutreiben.

Unterstützer*innen

Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin); Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Detlef Urban (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Robert Vogt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christine Pinto (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-378 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Carlotta Irrgang (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 377 bis 379 einfügen:
transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran haben. Dazu soll eine jährliche Datenerfassung und Zielerreichungskontrolle implementiert werden. Da die vorliegende Datenbasis dafür u.a. nicht ausreichend aktuell ist, wollen wir diese im Rahmen eines Projektes im Austausch mit den relevanten Stakeholdern wie der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Bezirken, IT Dienstleistungszentrum Berlin und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg verbessern, indem vorhandene Datenquellen auf ihre Genauigkeit, Vollständigkeit und Aktualität geprüft und ggf. angepasst werden. Ziel muss es sein, zeitnah eine handlungsleitende Datenbasis für den Klimaschutz in Berlin zu schaffen.

Begründung

Eine umfassende Datenerfassung ist grundlegend, um die erfolgreiche Umsetzung von Klimamaßnahmen zu gewährleisten. Durch die dadurch erreichte Transparenz können Defizite früher erkannt und durch wirksame Maßnahmen bekämpft werden.

Unterstützer*innen

Christian Fink (KV Berlin-Mitte); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Tobias Schreiner (LV Grüne Jugend Berlin); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Carolin Schenuit (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte); Bernd Frieboese (KV Berlin-Reinickendorf); Martina Apollonia Berretz (KV Berlin-Reinickendorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ferdinand Müller (KV Berlin-Mitte); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Christine Pinto (KV Berlin-Mitte)

K-2NEU-391 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 30.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 390 bis 392 einfügen:
(BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können. Wir begrüßen den Volksentscheid "Berlin 2030 Klimaneutral" und seine Forderungen. Wir nehmen das Votum der zahlreichen Berliner*innen ernst, die für Bürger*innenbeteiligung und mehr Klimaschutz unterschrieben haben. Wir werden uns dafür einsetzen das Energiewendegesetz durch Maßnahmen nachzuschärfen, um Berlin bis 2030 klimaneutral zu machen.

Begründung

erfolgt mündlich

K-2NEU-386 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 30.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 385 bis 388:
wie sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft profitiert. Es ist entscheidend, dass ~~die~~alle erarbeiteten Forderungen des Klimabürger*innenrates ~~auch~~ ernst genommen ~~werden~~ und ~~deren Umsetzung angegangen wird~~umgesetzt werden. Wir schreiben Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die

Begründung

erfolgt mündlich

K-2NEU-996 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 30.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 995 bis 997 einfügen:
wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste Schritte erarbeiten. Insbesondere die Einführung einer City-Maut und teurere Parkplätze haben im Berliner Klimabürger*innenrat eine Mehrheit gefunden. Wir werden uns für die Umsetzung dieser Forderungen einsetzen. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt- und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacherprinzip getragen werden.

Begründung

erfolgt mündlich

K-2NEU-350-2 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 30.12.2022

Änderungsantrag zu K-2NEU

Von Zeile 349 bis 352:
mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität ~~werden~~sehen wir kritisch ~~analysieren~~. ~~Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung~~Am Ende muss unser Ziel sein: eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Bürger*innen Hand. Dabei darf der Aufkauf der fossilen Infrastruktur nicht gegen immense Entschädigungszahlungen an klimaschädliche Unternehmen erfolgen.

Begründung

erfolgt mündlich

K-3NEU-083 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung
Beschlussdatum: 15.12.2022

Änderungsantrag zu K-3NEU

Von Zeile 82 bis 85:
Mit dem Kündigungsmoratorium für die 350.000 Wohnungen von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sowie den Wohnungen des Studierendenwerks Berlin ~~schützen~~bieten wir Mieter*innen bis Ende 2023 einen zusätzlichen Schutz. Wir unterstützen die sozialen Träger und Vereine unserer Stadt bei den steigenden Energiekosten mit 130 Millionen Euro und wir haben ein Landesprogramm zur

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung hebt - unfreiwillig - vor allem die zeitliche Limitierung des Schutzes hervor. Wichtiger ist aber, dass hier ein zusätzlicher Schutz gewährt wird, der bei Bedarf sicherlich auch über 2023 hinaus verlängert werden dürfte

K-3NEU-589 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-3NEU

Von Zeile 590 bis 592 einfügen:
sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Wir werden uns für eine Verbesserung der Personalsituation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe einsetzen, um den dort betreuten Kindern und Jugendlichen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.Über das Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen

Begründung

Die Lage in der stationäre Kinder- und Jugendhilfe ist durch den Fachkräftemangel prekär. Der Personalschlüssel muss hier angehoben werden, damit Krisen in den Wohngruppen gut bewältigt werden können und es nicht zur bloßen Verwahrung der Kinder und Jugendlichen kommt. Die Tageskostensätze müssen so kalkuliert werden, dass sie der durch die Fachkräfte geleisteten Arbeit gerecht werden. Der Jugendhilfeausschuss im Bezirk Mitte hat bereits im Oktober mit unserer Unterstützung einen entsprechenden Antrag beschlossen. Vgl. https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=11443 In anderen Bezirken stellt sich die Lage ähnlich dar.

Unterstützer*innen

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

K-3NEU-589-2 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Veronika Gräwe (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu K-3NEU

Von Zeile 590 bis 592 einfügen:
sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass minderjährige unbegleitete Geflüchtete zeitnah in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder in einem familiären Umfeld im Rahmen der sog. Vollzeitpflege untergebracht und betreut werden, unverzüglich Zugang zu Bildung erhalten und psychosozial unterstützt werden.Über das Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen

Begründung

Aktuell werden unbegleitete minderjährige Geflüchtete zu oft in hostelähnlichen Unterkünften ohne eine angemessene psychosoziale Betreuung untergebracht, da keine Ressourcen für ein zeitnahes Clearing vorhanden sind. Diese Kinder und Jugendlichen haben keinen Zugang zu Bildung oder einer geregelten Tagesstruktur. Die AG Kinder, Jugend und Familie hat ein Positionspapier verabschiedet, dass Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation aufzeigt.

Unterstützer*innen

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Sven Drebes (KV Berlin-Mitte); Charlotte Steinmetz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

K-3NEU-828 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: LAG Bündnisgrüner Christ*innen Berlin
Beschlussdatum: 17.11.2022

Änderungsantrag zu K-3NEU

In Zeile 830 einfügen:
Long-/Post-COVID Erkrankte nicht alleine lassen

Auch die Folgen der hohen Anzahl an Erkrankten mit Long-/Post-COVID sind gravierend. Zehn bis zwanzig Prozent aller Erkrankten leiden unter Symptomen, die über Monate und Jahre anhalten können. Da es sich bei Long-/Post-COVID um eine Multi-Organ-Erkrankung handelt, ist das Krankheitsbild vielfältig. In schweren Fällen entwickeln die Betroffenen ein chronisches Erschöpfungssyndrom (CFS) und sind infolgedessen auch langfristig arbeitsunfähig. Aber auch andere Symptome, wie chronische Schmerzen und ausgeprägte Denk- und Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen und Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates erschweren den Betroffenen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. In der Zivilgesellschaft und im Gesundheitswesen werden die Betroffenen zu oft nicht ernst genommen. Wir wollen, dass sich das ändert.

Sowohl die medizinischen als auch die sozialen Strukturen, die die Bedürfnisse von Erkrankten mit Long-/Post-COVID abdecken können, müssen erheblich ausgebaut werden. Die bestehenden Ambulanzen sind überlastet und die Wartezeiten entsprechend lang. Wir wollen deshalb flächendeckende Beratungsangebote für Betroffene von Long-/Post-COVID einführen und aus diesen Beratungsstellen heraus die Betroffenen mit Fallmanager*innen bei Antrags- und Widerspruchsverfahren unterstützen. Ein engmaschiger Informationsaustausch aller Beteiligten, sowohl auf der Patient*innenseite, als auch im Gesundheitswesen soll so schnell wie möglich unterstützt werden. Außerdem wollen wir anlehnend an das Schweizer Long COVID Netzwerk Altea digitale Strukturen aufbauen, um Informationen und Austauschmöglichkeiten für Erkrankte bereitzustellen. Wir setzen uns für umfassende medizinische und berufliche Rehamaßnahmen ein.

Begründung

Der Änderungsantrag entspricht im Wortlaut der Beschlusslage zu Long-COVID aus dem beschlossenen LDK-Leitantrag zur Gesundheitspolitik aus dem Jahr 2022. Einzig der erste Satz des zweiten Absatzes ist neu formuliert, weil sich die Situation bereits in geringem Umfang verbessert hat, aber immer noch ein dringender Handlungsbedarf besteht.

K-3NEU-388 Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 30.12.2022

Änderungsantrag zu K-3NEU

Von Zeile 387 bis 391:
Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können. ~~Wenn Wohnungsunternehmen sich~~Da jedoch ~~weigern,~~gerade große, renditeorientierte Wohnungsunternehmen ihrer sozialen Verantwortung ~~nachzukommen~~nicht nachkommen, wird die öffentliche Hand, ~~auch~~ durch ~~ein Volksbegehren~~den erfolgreichen Volksentscheid gestützt, die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt ~~mit diesem Schritt~~durch die Vergesellschaftung entschärfen. Das Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen hat bisher zu keiner nachhaltigen Entlastung auf dem

Begründung

erfolgt mündlich

K-5NEU-1259 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Hannelore Kress (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1258 bis 1260:

Der Zugang zu Alphabetisierungs- und Sprachkursen, Sprachmittlung und ~~Beratungsangeboten~~Beratungs- sowie ersten Ausbildungsangeboten sowie psychosozialer und medizinischer Versorgung muss für alle Ankommenden ermöglicht

Begründung

Gerade für unbegleitete Jugendliche, die die Schulpflicht bereits hinter sich haben, sind praktische Ausbildungsangebote besonders wichtig. Über das "Tun" wird die sprachliche Kompetenz gestärkt und das Ankommen erleichtert. Die Jugendlichen sind zudem mögliche Auszubildende für die Berliner Wirtschaft.

Unterstützer*innen

Ertan Öztürk (KV Berlin-Spandau); Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow); Dirk Jordan (KV Berlin-Kreisfrei); Imma Hillerich (KV Berlin-Kreisfrei); Fiona El Kehal (KV Berlin-Kreisfrei); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei); Jörg Staudemeyer (KV Berlin-Kreisfrei)

K-5NEU-1281 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Jörg Staudemeyer (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1280 bis 1282 einfügen:
ordentliches Unterrichtsfach.
Um neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen eine inklusive Teilhabe an schulischen Unterrichts- und Freizeitaktivitäten zu ermöglichen, müssen alle – neben dem Unterricht in Deutsch als Zweitsprache und dem Erstsprachlichen Unterricht – von Anfang an einen Platz in einer Regelklasse erhalten. Der vollständige Übergang in den Regelbetrieb sollte stufenweise erfolgen und auch nach dem Übergang ein festgeschriebener Anspruch auf Förderung bestehen. Dafür muss Berlin ein verbindliches alters- und kompetenzabhängiges mehrstufiges Übergangskonzept entwickeln. Zudem sollten Sprachstand und fachliche Kenntnisse verbindlich mit einheitlichen Instrumenten erhoben werden, sodass eine Kontinuität in der Bildungsbiografie gewährleitstet ist. Für diese Kontinuität sollten Angebote für fachliches Lernen auch in der Erstsprache von Anfang an erfolgen.

Wir fordern die Aufstockung der Zuwendungen für die Träger, die psychosoziale Beratung,

Begründung

Der Abschnitt versteht sich als Präzisierung der im direkt darüberstehenden Abschnitt getroffenen Forderungen:

- Migrations- und bildungspolitisches Ziel sollte es sein, einen „zügigen Übergang“ geflüchteter und neu zugewanderter Kinderund Jugendlicher in den Regelbetrieb näher zu definieren und im Schulgesetz festzuschreiben. Dazu sollte die Bildungsverwaltung verpflichtet werden, ein mehrstufiges Übergangskonzept entwickeln, das mit einer Teilintegration beginnt und auch weitergehende Förderung nach dem Übergang festschreibt. In anderen Bundesländern wie z.B. in Schleswig-Holstein gibt es solche Konzepte bereits seit langem.
- Auch die sehr sinnvolle Forderung, „Deutsch als Zweitsprache als ordentliches Unterrichtsfach“ zu etablieren, impliziert - neben der Entwicklung eines Curriculums und der Festschreibung von DaZ als Prüfungsfach für das Lehramt in der Lehramtszugangsverordnung – eine Verankerung des Faches als Schulfach in den Stundentafeln der Schulstufenverordnungen, also eines verbindlichen Konzepts für einen mehrstufigen Übergang.

Die „positiven Erfahrungen“ bei der Aufnahme ukrainischer Geflüchteter bestehen auch darin, dass ein Fokus auf die Kontinuität der Bildungsbiografie und ein Erreichen von Bildungsabschlüssen gelegt wurde und dazu Erstsprachlicher Unterricht – wie von ukrainischen Bildungspolitiker*innen gefordert und von der KMK gewünscht – in Berlin angeboten und sogar mit einem Schulversuch an zwei Schulen als zweisprachiges Modellprojekt eingeführt wurde. Ein politisches Ziel in der nächsten Legislaturperiode sollte darin bestehen, möglichst vielen Schüler*innen neben dem Erwerb der deutschen Sprache fachliches Lernen auch in ihrer Erstsprache von Anfang an zu ermöglichen, damit sie den Anschluss nicht verlieren und ggf. auch Unterrichtsinhalte erlernen können, die ihnen fehlen und die sie nach dem Übergang in die Regelklasse für Bildungserfolg und den Erwerb von Schulabschlüssen benötigen.

Unterstützer*innen

Wilfried Stotzka (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Meuel (KV Berlin-Kreisfrei); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Fiona El Kehal (KV Berlin-Kreisfrei); Werner Behrendt (KV Pankow); Carola Ehrlich-Cypra (KV Berlin-Pankow); Tonia Budelmann (KV Berlin-Pankow); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Lydia Krüger (KV Berlin-Pankow); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Stefan Nowack (KV Berlin-Kreisfrei); Jenni Winterhagen (KV Berlin-Pankow); Britta Eiben-Zach (KV Berlin-Mitte)

K-5NEU-144 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 144 bis 156:
Berlin hat eine einzigartige ~~Kunst~~Kultur- und ~~Kulturszene~~Kunstszene. Wir wollen, dass alle Menschen in dieser Stadt ungehindert und barrierefrei daran teilhaben können~~ an Kultur und Künsten~~. Infolge der Corona-Krise, der Inflation und durch ~~Bodenspekulation~~Boden- und ~~Verdrängung~~Immobilienspekulation ist die Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von ~~Kunst und~~ Kultur und Kunst steht für sich~~ und bleibt~~, unabhängig von seiner kommerziellen Verwertbarkeit. Deshalb kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für eine gute kulturelle ~~Grundversorgung~~Infrastruktur und ~~Teilhabe aller~~Grundversorgung für alle Berliner*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen~~, eine Stärkung der~~. Wir wollen Kulturorte, Ankerinstitutionen ~~und~~ der ~~kulturellen~~Freien Szene und die kulturelle Bildungsarbeit ~~sowie~~stärken. Wir wollen eine bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt ~~–~~ gerade auch in Jurys, Intendanzen und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die ~~freien~~ Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

Begründung

Eine notwendige Aktualisierung des Textes, etwa durch den Bezug auf die inflationsbedingten Kostensteigerungen und eine Präzisierung, durch die Verwendung der Begriffe "Immobilienspekulation" (weiterreichend als nur "Bodenspekulation" – gerade mit Kulturorten und Arbeitsräumen wird weit über den Bodenwert hinaus spekuliert, zu Lasten der Mieter*innen) und "kulturelle Infrastruktur" (welce für eine kulturelle Grundversorgung unerlässlich ist. Ohne kulturelle Infrastruktur, ohne Kulturorte erreichen wir keine flächendeckende, diskriminierungsfreie und weitestgehend barrierefreie Grundversorgung.

Unterstützer*innen

Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin); Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

K-5NEU-1115 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

In Zeile 1115:
Ein Zentrum der ~~Kunst~~Kultur und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof

Begründung

Mit dem Begriff "Kunst" wird nur ein kleiner Teil der "Kultur" bezeichnet, oft reduziert auf die veraltete Bezeichnung "Hochkultur", worunter etwa klassische Musik, bildende Kunst, Literatur ... verstanden werden. Gerade das Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof sollte aber Raum für die gesamte kulturelle Vielfalt der Stadt bieten – von Soziokultur, der kulturellen Arbeit mit Geflüchteten, kultureller Bildung und Erinnerungskultur bis hin zu Konzerten, Messen und Tanz- und Theateraufführungen. Von der Freien Szene über die Hochschulen bis hin zur Kreativwirtschaft ist auf 300.000 qm genug Platz – mehr als die "Kunst" je füllen könnte.

Unterstützer*innen

Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin); Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

K-5NEU-1116 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1116 bis 1120:
~~Das~~Wir wollen Kreativität und Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und freien Gruppen, fördern. Aus dem Gebäude des Flughafens Tempelhof ~~wird zu einem~~wollen wir ein Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft entwickeln, in dem Ateliers, ~~Studios,~~ Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-, Produktions- und ~~Präsentationsräume~~Präsentationsstätten, u.a. für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz finden. Die dffb wollen wir im Hangar 5 als Ankerinstitution eines Filmcampus etablieren. Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label "Made in Berlin" gezielt vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine landeseigene virtuelle Plattform Berlin aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel ~~werden~~wollen wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft schaffen.

Begründung

Das Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof sollte Raum für Kultur und Kreativwirtschaft bieten. Für die gesamte kulturelle Vielfalt der Stadt – von Soziokultur, der kulturellen Arbeit mit Geflüchteten, kultureller Bildung und Erinnerungskultur, bis hin zu Konzerten, Messen, Tanz- und Theateraufführungen. Von der Freien Szene, über die Hochschulen bis hin zur Kreativwirtschaft ist auf 300.000 qm genug Platz. Die Pläne die vom Land Berlin finanzierte Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) in und um den Hangar 5 umzuziehen (um von den extrem hohen Mietkosten wegzukonmmen) ist eine brillante Investition in den Kulturstandort THF. Wirtschaftlich binnen weniger Jahren gewinnbringend (statt weiterhin private Investoren und Spekulation mit Kulturorten zu finanzieren) und eine einmalige Chance für die Medienmetropole Berlin.

Unterstützer*innen

Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin); Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

K-5NEU-1131 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1131 bis 1147:
Die Medien erfüllen durch ~~Information~~unabhängige Information, ausgewogene Debatte und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Freie und unabhängige Medien sind notwendige Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die Angriffe, denen ~~freie~~ Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität und Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein~~. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln und adressieren~~. Um die ~~Vielfalt und~~ Teilhabe ~~von unterrepräsentierten~~unterrepräsentierter Gruppen und die Vielfalt im ~~RBB~~rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln. ~~Hier~~Dabei wollen wir ~~einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anstoßen, der letztlich auch~~ die ~~Akzeptanz~~Ergebnisse der ~~Bevölkerung zur Zahlung~~Aufarbeitung der ~~Rundfunkabgabe weiter hoch halten könnte~~Untersuchungen des rbb berücksichtigen. Die Krise des rbb muss lückenlos aufge~~b~~arbeitet und Missstände beseitigt werden. Bei aller gebotenen Staatsferne des öffentlich rechtlichen Rundfunks setzen wir uns für eine Stärkung der Aufsichtgremien, unabhängige Kontrollmechanismen und die Gleichstellung der Freien Mitarbeiter*innen ein. Bonuszahlungen und Sondervereinbarungen im rbb lehnen wir ab.
Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung von illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen auch nicht außerhalb der Verantwortung der Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen ~~automatisiert~~ vorangetrieben werden. Wir werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die Plattformregulierung durch die ~~Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln~~Landesmedienanstalt weiter zu entwickeln und die dazu nötigen Grundlagen sichern.

Begründung

Die spektakulären Enthüllungen der Missstände im öffentich-rechtlichen Rundfunk bedürfen einer Konkretisierung und Aktualisierung des Wahlprogramms. Viele unserer Forderungen, seien sie aus der LAG- Arbeit oder innerhalb der Fraktion entsprungen, finden sich so erst sichtbar wieder. Wir können uns es aber nicht leisten, die gigantische Medienkampagne des letzten Jahres unkommentiert zu lassen. Hatespeech und Fake News müssen innerhalb von Plattformen (einige haben das geradezu als Geschäftsmodell) und außerhalb, etwa durch Automatismen, stärker reguliert und bekämpft werden. Wenn dazu mehr Mittel und Personal nötig wird, gilt es entweder den Vorwegabzug stärker zu reduzieren / abzuschaffen (dann kommen die Mittel "staatsfern" aus der Rundfunkgebühr), oder neue Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Am Geld darf der Kampf gegen Hass und Hetze nicht scheitern.

Unterstützer*innen

Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin);

Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

K-5NEU-1148 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

In Zeile 1148:
~~„Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen~~

„Berlin-Jahr“ für kreative Absolvent*innen

Begründung

Das "Berlin-Jahr", also eine Anschlussförderung an die absolvierte Ausbildung im Kultur- und Kreativbereich ist nicht nur für Absolvent*innen von Filmhochschulen wichtig. Ja, es ist sogar für Absolvent*innen anderer Kulturformen, Kunstsparten wichtiger, da selbige nicht so leicht einen Übergang in eine nichtprekäre Arbeitssituation finden (im Filmbereich geht das, zumindest momentan, eher schnell). Wegfallende Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsräume an den Hochschulen, keine Ateliers, keine Studios, keine Computernutzung an Ausbildungsstätten, keine Werkstätten, keine Proberäume ... für die meisten Künstler:innen ist es finanziell unmöglich, im Anschluss an ihre Ausbildung in Berlin zu bleiben. Diese, hoch qualifizierten Kulturschaffenden in Berlin zu halten ist für die Zukunft der Medienmetropole Berlin aber extrem wichtig. Sowohl, was den Fachkräftemangel in der Kreativwirtschaft, als auch den küntlerischen Rang Berlins betrifft. Daher die Konkretisierung der Überschrift.

Unterstützer*innen

Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin); Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

K-5NEU-1148-2 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Notker Schweikhardt (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1148 bis 1155:
Kreativwirtschaft, Kultur und Film sind die Aushängeschilder Berlins. Um in Berlin ausgebildete Kreative und Kulturschaffende an Berlin zu binden, wollen wir ihnen in einem „Berlin-Jahr" eine Anschlussförderung, Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsräume bieten. Um Möglichkeiten der Aus-, Weiter- und Fortbildung für Kreative und Kulturschaffende zu verbessern, wollen wir die bestehenden Angebote ausweiten und mit Hochschulen und Ausbildungsstätten kooperieren.

Die Filmmetropole Berlin sichern

Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt nicht nur einen wichtigen Teil der Berliner Identität, sondern auch der Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona und Inflation unter Druck geratene Branche langfristig zu sichern und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen~~n~~ren, internationalen Spitzenplatz des Films zu entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB) optimieren, die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche verbessern und die notwendige Infrastruktur, insbesondere im Hinblick auf Ausbildungsstätten wie der dffb, notwendige neue Studios und dem Erhalt der diversen Kinolandschaft, stärken. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue

Von Zeile 1160 bis 1161 einfügen:
Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen verpflichtet, um den untragbaren Zustand des Unterlaufens von sozialen und tariflichen Mindeststandards zu beenden. Auf die angemessene Vergütung der Urheber*innen und Filmschaffenden werden wir hinwirken, insbesondere bei öffentlich geförderten Produktionen.

Begründung

Das "Berlin-Jahr", also eine Anschlussförderung an die absolvierte Ausbildung im Kultur- und Kreativbereich ist nicht nur für Absolvent*innen von Filmhochschulen wichtig. Ja, es ist sogar für Absolvent*innen anderer Kulturformen,Kunstsparten wichtiger, da selbige nicht so leicht einen Übergang in eine nichtprekäre Arbeitssituation finden (im Filmbereich geht das, zumindest momentan, eher schnell). Wegfallende Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsräume der Hochschulen, keine Alteliers, keine Studios, keine Computernutzung an Ausbildungsstätten, keine Werkstätten, keine Proberäume ... für die meisten Künstler:innen ist es finanziell unmöglich, im Anschluss an ihre Ausbildung in Berlin zu bleiben. Diese, hoch qualifizierten Kulturschaffenden in Berlin zu halten ist für die Zukunft der Medienmetropole Berlin aber extrem wichig. Sowohl, was den Fachkräftemangel in der Kreativwirtschaft, als auch den künstlerischen Rang Berlins betrifft. Daher die Konkretisierung der Überschrift.

Beim deutlichen Bekenntnis zur Filmförderung (der eigene Absatz, mit eigener Überschrift "Die Filmmetropole Berlin
sichern" ist hier sehr wichtig) müssen wir unbedingt unsere grüne Flagge zeigen. Obwohl fast alle Impulse hierzu in den letzten Jahren durch uns erfolgten, schreiben sich die Koalitionspartner*innen, insbesondere die SPD, sämtliche Erfolge auf ihre Fahne. Da hilft etwas mehr Sichtbarkeit im

Wahlprogramm. Nicht nur Berlin, auch andere Bundesländer (Hessen...) setzen unsere Ideen um – hier sollten wir uns nicht noch weiter verdrängen lassen.

Unterstützer*innen

Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Katja Ulbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Rike van Kleef (LV Grüne Jugend Berlin); Kerstin Quitsch (KV Berlin-Kreisfrei); Heinz Jirout (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Detlef Meyer zu Heringdorf (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

K-5NEU-1173 Kapitel 4: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu K-5NEU

Von Zeile 1172 bis 1174:
Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen ~~„Lärmschutzfonds„~~Schallschutzfonds für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen

Von Zeile 1188 bis 1190 einfügen:
Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen prüfen. Das gesellschaftliche Engagement der Clubs und Kollektive tut Berlin gut, weshalb wir sie, zum Beispiel bei ökologischen Maßnahmen, weiterhin finanziell unterstützen wollen.

Begründung

Redaktionelle Änderungen. Der Fonds läuft nun unter diesem Namen. Ebenso gehören die zahlreichen Kollektive ebenso zur Clubkultur und sollten somit Teil der Aufzählung sein, was fehlte.

Unterstützer*innen

Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Clara Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christian Honnens (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thomas Weigelt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)